



# Tricksen nach Zahlen

Prozent von was? Wie Politiker und Lobbyisten Statistiken nutzen, um ihren Positionen mehr Relevanz zu verschaffen

VON ROBERT BIRNBAUM

Ulrich Schneider ist in Deutschlands Talkshows ein gern gesehener Gast. Keiner ficht so beredt für die Sache der Armen und Benachteiligten im Land wie der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Und kaum einer kann dem Zahlenfeuerwerk standhalten, das der Mann mit dem markanten Backenbart regelmäßig abfeuert, um seine Thesen zu untermauern. Doch als die „tagesspiegel“ ihn zum zehnten Jahrestag der Agenda 2010 zum Doppelinterview mit dem Arbeitgeber-Spitzenfunktionär Peter Clever bat, traf Schneider auf einen Ebenbürtigen. Ihr Duell hat das Zeug zum Lehrstück, wie man mit Zahlen die Wirklichkeit modellieren kann.

Sehr gut zeigt das der Schlagabtausch zum Niedriglohn. Clever findet, der Zuwachs an Niedriglöhnern werde übertrieben: 2013 verdienten rund acht Millionen Menschen weniger als den damals amtlichen Niedriglohn von 9,15 Euro, das waren 23 Prozent aller Arbeitnehmer. „Vor zehn Jahren waren es 20,6 Prozent“, sagt der Arbeitgeberfunktionär. „Das hat sich nicht so dramatisch verändert.“ Schneider hält sofort dagegen: „Das sind immerhin rund zwölf Prozent mehr.“ Beide Zahlen stimmen. Nur hören sich Clevers 2,4 Prozentpunkte Unterschied ja wirklich völlig undramatisch an. Schneiders zwölf Prozent dagegen klingen sofort nach Skandal.

Gerd Gigerenzer kennt diese Art von Spielen im politischen Raum zur Genüge. Der Professor arbeitet am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung darüber, wie Menschen zu Entscheidungen kommen. Dabei ist ihm zunehmend klar geworden, dass in Politik und Öffentlichkeit ausgerechnet mit dem vermeintlich Objektivsten viel Schindluder getrieben wird. Zahlen und Statistiken sind allgegenwärtig. Aber kaum jemand ist darin geschult, sie zu deuten. Schon der vergleichsweise simple Unterschied zwischen Prozenten und Prozentpunkten, sagt Gigerenzer, werde ständig fahrlässig ignoriert.

Was nach einem Problem für Erbsenzähler klingt, hat in Wahrheit weitreichende Folgen. Politik braucht Informationen und Argumente, um Probleme einschätzen und Lösungen abschätzen zu können. Oft liefern Zahlen, Statistiken, Studien das Material dazu. Wenn sie falsch gedeutet werden, werden schlimmstenfalls Probleme ausgemacht, die keine sind, und mit Mitteln gelöst, die dafür nicht taugen. Aber selbst wenn es so weit nicht kommt – die öffentliche Debatte leidet allemal. Ein gutes Beispiel war diesen Sommer zu besichtigen. „Be-

treuungsgeld hält von frühkindlicher Bildung ab“, war Ende Juli in fast allen deutschen Medien zu lesen. Eine große Studie der Technischen Universität Dortmund habe gezeigt, dass Eltern mit geringer Schulbildung ihre Kleinen nicht in die Kita schickten, sondern lieber das Betreuungsgeld nähmen. Nur acht Prozent der Akademiker-Eltern, aber 54 Prozent der Eltern ohne Schul- oder mit Hauptschulabschluss hätten die Geldleistung als Grund genannt. Womit bewiesen schien, was Kritiker der CSU-Lieblingsidee schon immer moniert hatten: Das Betreuungsgeld halte gerade die Kinder aus der Kita fern, die frühkindliche Förderung brauchen könnten.

Wer die Studie nachlas, konnte freilich schnell erkennen: Da stimmte etwas nicht. Die 54 Prozent Ungebildeten gab es gar nicht; sie waren ein Rechenfehler in einer Vorabfassung, die von politisch interessierter Seite in Berlin verbreitet worden war. Jemand hatte „rund 32 Prozent der Eltern ohne Schulabschluss“ und „rund 22 Prozent mit Hauptschulabschluss“ addiert. So was führt zu Unsinn: Wenn 50 Prozent der Mädchen und 60 Prozent der Jungen gerne Gummibärchen essen, liegt der Anteil der Gummibärchenliebhaber nicht bei 110 Prozent.

Aber selbst die richtigen Zahlen lösten falsche Schlüsse aus. Davon, dass 31 Prozent der Eltern ohne Schulabschluss wegen des Betreuungsgelds ihre Kleinkinder zu Hause ließen, konnte keine Rede sein. Es waren nur 32 Prozent der Eltern ohne Schulabschluss in der viel kleineren Untergruppe von Eltern, die ihre Kinder nicht in die Kita geben.

Der Fall zeigt einen häufigen Trick im Zahlenkampf. Man muss nur eine hinreichend kleine Gruppe betrachten, schon sind imposante Prozentwerte garantiert. Ein schwarzes Huhn unter 99 braunen, weißen und gemusterten entspricht einem Prozent, eins unter den zehn weißen schon zehn Prozent – obwohl es immer bloß die eine schwarze Henne bleibt. Das Hauptproblem der Studie liegt allerdings an ganz anderer Stelle. Die Forscher ziehen ihre Schlüsse aus den Antworten auf eine einzige Frage. Man muss die im Wortlaut kennen: „Die Möglichkeit, das Betreuungsgeld für Kinder zwischen einem und zwei Jahren zu erhalten, hat mich dazu veranlasst, in Frage 9 anzugeben, dass mein Kind nicht in einer Kindertagesbetreuung oder bei einer Tagesmutter betreut werden sollte.“

Verstanden? Nein? Eben. Dass verquaste Fragen verquaste Ergebnisse produzieren, steht in jedem Lehrbuch der empirischen Sozialforschung. Dort lernt man auch, dass eine einzige Frage nie reicht, um die Motive von Menschen zu erkunden. Das Mindeste wäre eine Gegenfrage: „Würden Sie Ihr Kind auch zu Hause behalten, wenn es kein Geld vom Staat gibt?“ Doch den Forschern reichte ihr vermeintliches Ergebnis. Es bestätigte ihr Weltbild.

So kommt in einer Studie alles zusammen, was im Kampf der Zahlen schiefgehen kann: schludrige Forschung, interessegeleitete Politik, unkritische Presse. Eine seltene Ausnahme ist das nicht. Bildungsforscher Gigerenzer hat 2012 mit zwei Forscherkollegen die „Unstatistik des Monats“ erfunden, um „etwas mehr Aufklärung in die Gesellschaft zu bringen“, wie er sagt.

Und das Material geht ihnen nicht aus. Da war die Alarmmeldung des Umweltverbands BUND, dass „bei 70 Prozent aller deutschen Großstädter“ ein bestimmtes Unkrautvernichtungsmittel im Urin nachgewiesen worden sei. „Grober statistischer Unfug“, lautet das Urteil des Dortmunder Statistikers Walter Krämer: Nur zehn Deutsche hatten zur Probe gepinkelt. Sieben von zehn sind zwar 70 Prozent, aber keine Wissenschaft.

So offenkundig zu erkennen ist der Pfusch meist nicht. Statistik ist eine vertrackte Sache. Selbst den Profis unterlaufen Pannen. Das Problem liegt nur selten in den Daten selbst; das Problem ist die Deutung. In Gebieten mit wenigen Störchen werden stets auch wenige Kinder geboren? Stimmt. Aber bloß, weil Störche und Kinder eins gemeinsam haben: In Städten sind sie beide seltener als auf dem Land. Storchpflege behebt unsere Nachwuchssorgen also nicht.

Das alles wäre bloß kurios, würden nicht aus solchen Zahlenwerken Aktionspläne, Empfehlungen und Programme. Kampfmittel im politischen Alltag sind sie allemal, teils aus Unkenntnis, teils ganz gezielt. In einer Welt, die an Wissenschaft glaubt, ohne allzu viel davon zu verstehen, gilt eine Studie voller Zahlen allemal als Argument.

Der Koblenzer Statistik-Professor Gerd Bosbach hat ein ganzes Buch darüber geschrieben, wie das „Lügen mit Zahlen“ funktioniert. Bosbach zeigt auf, wie sich gerade hinter scheinbar exakten Zahlen („14,65 Prozent“) oft die windigsten Rechnungen verstecken, warum die „Teuro“-Inflation nach der Abschaffung der D-Mark eingebildet ist und wie man Kostenexplosionen im Gesundheitswesen herbeizaubert, indem man etwa die Inflation ignoriert.

Wer ist schuld an dem Durcheinander – Forscher, Presse, Lobbyisten, Politiker? „Es liegt bei allen“, sagt Gigerenzer diplomatisch.

**Statistisches Denken wird nur selten in der Schule gelehrt**

„Man kann kausal denken, aber größtenteils ist das Leben Statistik.“ Wer als Politiker Risiken richtig abschätzen wolle,

komme schon gar nicht ohne diesen Instrumentenkasten aus.

Bosbach ist da skeptischer. Der Mathematiker hat für das Statistische Bundesamt und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung gearbeitet. Er erlebt, wie Politiker und Funktionäre Zahlenreihen und Statistiken bewusst verfälschen, um eigene Positionen zu untermauern. Zahlen sind Waffen, doch für ihren Einsatz gilt keine Genfer Konvention. Folgerichtig existiert auch keine amtliche Prüfstelle für Studien und Statistiken.

Wer Politiker beim Mogeln ertappt, erlebt denn auch immer das gleiche Abwehrschema: Auch wenn diese Zahl und jene Zahlenreihe nicht ganz richtig seien, die „Grundtendenz“ stimme. Meist kommen sie damit durch. Selbst eindeutig falsche Zahlen wie die 54 Prozent Betreuungsgeldgierigen überleben alle Korrekturen – im Internet geistern sie unbeirrt weiter umher.

Trotzdem hofft das kleine Häuflein der Statistik-Aufklärer, dass wenigstens mancher mündige Wähler misstrauisch wird, wenn Volks- und Interessenvertreter mal wieder mit Zahlen um sich werfen. Höhere Rechenkünste erfordert das nicht unbedingt. Meist reicht etwas Skepsis. „Wenn einer Prozentwerte benutzt“, empfiehlt Gigerenzer, „dann muss die Frage sofort lauten: Prozent von was?“

Statistisches Denken gelte als kompliziert und werde schon in den Schulen kaum gelehrt. „Dabei ist es das Gebiet der Mathematik, das am wichtigsten für das Leben danach ist“, glaubt der Forscher.